

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Alexander Bonde, Anna Lührmann, Omid Nouripour, Christine Scheel, Kerstin Andreae, Marieluise Beck (Bremen), Birgitt Bender, Ekin Deligöz, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Priska Hinz (Herborn), Nicole Maisch, Manuel Sarrazin, Irmingard Schewe-Gerigk, Grietje Staffelt, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/13000, 16/13386, 16/13588 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum  
Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009  
(Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Auch der zweite Nachtragshaushalt bleibt unehrlich.

Die Neuverschuldung des Bundes wird mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2009 auf eine bislang unerreichte Höhe steigen. Der Bundesminister der Finanzen Peer Steinbrück verkauft eine Neuverschuldung in Höhe von 49,1 Mrd. Euro. Doch selbst diese Rekordsumme ist nur die halbe Wahrheit. Denn die Milliarden-Belastungen aus der Finanzmarktstabilisierung des Bankenrettungsfonds, dem Investitions- und Tilgungsfonds sowie dem Wirtschaftsfonds Deutschland werden in Schattenhaushalte und Sondervermögen ausgegliedert.

Nach Berechnungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird daher die Neuverschuldung dieses Jahr auf rund 93 Mrd. Euro ansteigen. Darüber hinaus müssten noch die in die Bundesagentur für Arbeit verschobenen Defizite hinzugerechnet werden, denn die Bundesagentur „verbraucht“ ihr Finanzpolster in Höhe von rund 16,7 Mrd. Euro durch laufende Defizite bereits bis Ende dieses Jahres.

Besonders in der Krise und kurz vor der Wahl haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf, eine transparente und ehrliche Übersicht zum Drama der staatlichen Finanzen zu erhalten.

310 Mrd. Euro neue Schulden bis 2013

In der Finanzplanung bis 2013 rechnet die Bundesregierung mit gesamtstaatlichen Steuerausfällen in Höhe von 316 Mrd. Euro und einer zusätzlichen Verschuldung von 310 Mrd. Euro. Auch diese Zahl spiegelt trotz ihrer erschütternden

den Höhe nicht die gesamte Wahrheit wider. Eine ehrliche Aufstellung offenbart eine zu befürchtende Neuverschuldung bis 2013 in Höhe von rund 438 Mrd. Euro. Die Bundesregierung reagiert in dieser Situation wie das Kaninchen vor der Schlange: Es gibt keinerlei Vorschläge, wie dieser dramatischen Überforderung der staatlichen Finanzen begegnet werden soll, geschweige denn wie die neuen Schulden zurückgeführt, bzw. die Einnahmeausfälle kompensiert werden sollen. Die Steuersenkungsphantasien der CDU/CSU und der FDP dokumentieren diese Ignoranz. Auch die Schuldenbremse wird – wenn überhaupt – erst ab 2016 diese unverantwortliche Praxis stoppen können. Die Zeche für diese unverantwortliche Haushaltspolitik wird morgen bezahlt.

#### Ausgangslage 2006 einmalig gut

Erinnert sei an die Ausgangslage der brummenden Konjunktur 2006 bis 2008. Mit 3 Prozent höherer Mehrwert- und Versicherungssteuer, gekürzter Pendlerpauschale und halbiertem Sparerfreibetrag sowie glänzender Konjunktur nahm der Bund 2008 fast 50 Mrd. Euro mehr Steuern ein als noch 2005. Von 2006 bis 2009 hat der Bund in der Summe außerordentliche Steuermehreinnahmen im Vergleich zum Basisjahr 2005 von mehr als 138 Mrd. Euro erzielt. Damit lagen beste Voraussetzungen dafür vor, den Haushalt krisenfest zu machen und strukturelle Defizite abzubauen. Diese Chance nutzte die Koalition der CDU/CSU und SPD nicht: Die Einnahmen wurden in neue Ausgabenprogramme und politische Wunschkonzerte gesteckt. Stets war die Haushaltspolitik der großen Koalition durch die Hoffnung auf weiter wachsende Einnahmen geprägt.

#### Konjunkturpakete nicht effizient und nicht transparent

Zur Stabilisierung der Wirtschaft hat der Deutsche Bundestag mit den Konjunkturpaketen I und II rund 80 Mrd. Euro bewilligt. Dies sind Mittel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von heute und morgen. Die mit den Konjunkturpaketen zu finanzierenden Maßnahmen stellen ein unkoordiniertes Sammelsurium verschiedenster Maßnahmen dar. Große Summen wurden zudem in Sondervermögen verschoben und der demokratischen Kontrolle entzogen. Dies schränkt das Budgetrecht des Parlamentes in unzulässiger Weise ein. Die tatsächliche Verwendung der Mittel muss transparent und nachvollziehbar dokumentiert werden.

#### II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

Der vorliegende Haushalt 2009 ist nicht transparent und nicht vollständig. Grundprinzipien der Haushaltsordnung wie Wahrheit und Klarheit werden verletzt. Vorgaben der Wirtschaftlichkeit werden außer Acht gelassen. Durch Schattenhaushalte und Sondervermögen wird den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern die Möglichkeit verwehrt, sich über das wahre dramatische Ausmaß der Staatsverschuldung zu informieren.

Die Bundesregierung vertut die Chance, mit den Milliardensummen des Haushalts 2009 den ökologischen und zukunftsfähigen Ausbau unserer Volkswirtschaft voranzutreiben. Hierdurch könnten eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der zweite Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsgesetz 2009 erfüllt die notwendigen inhaltlichen und formalen Anforderungen nicht und wird daher abgelehnt.

Berlin, den 1. Juli 2009

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**